



ALLJÄHRLICHE PI-NEWS-PREISVERLEIHUNG

Dhimmi des Jahres 2019: Heinrich Bedford-Strohm

Jedes Jahr im Dezember vergibt PI-NEWS den „[Dhimmi des Jahres](#)“ für besondere Unterwürfigkeit gegenüber der islamischen Kolonisation Westeuropas. Auch in diesem Jahr fanden sich wieder jede Menge Kandidaten: Allen voran der Augsburger Oberbürgermeister Kurt Gribl, der nach dem brutalen Totschlag des [Feuermanns Roland S.](#) durch einen jungen islamischen Kolonisten gezielt verharmlosend mitteilen ließ, Roland S. sei „[an einem tragischen Vorfall verstorben](#)“ – als hätte sich Roland S. beim Abendessen an einer Fischgräte verschluckt.

Ein anderer heißer Anwärter auf den Titel war unser Innenminister Horst Seehofer, der der neuen italienischen Regierung, kaum dass sie die Häfen wieder für Schlepperboote geöffnet hatte, umgehend einen Persilschein zur Aufnahme von 25% aller Angeschleppten in Deutschland erteilte, ganz egal ob diese Leute asylberechtigt sind oder nicht, und ohne jegliche Rechtsgrundlage.

Heinrich Bedford-Strohm, strategischen Bündnispartner der Schleusermafia

Aber den Vogel in diesem Jahr schoss dann doch die

Evangelische Kirche Deutschlands (EKD) ab mit ihrer Initiative, die libysche Schleppermafia bei ihrer Einschleusung überwiegend islamischer Schwarzafrikaner nach Westeuropa noch direkter zu unterstützen, indem sie [ein eigenes Schiff kauft](#) und dadurch selbst aktiv ins Schleppereiwesen einsteigt.

Die EKD zählt seit Jahrzehnten nicht nur zu den lautesten politischen Befürwortern der Umvolkungs- und Islamisierungspolitik, sie hat sich seit 2014 unter der Führung ihres Ratsvorsitzenden Heinrich Bedford-Strohm auch immer stärker zum wichtigsten strategischen Bündnispartner der Schleusermafia entwickelt. Durch ihre zahlreichen Erstversorgungseinrichtungen, meist von der kircheneigenen „Diakonie“ betrieben, garantiert die EKD der Mafia die reibungslose Eingliederung der angelandeten Illegalen in das System lebenslanger kostenloser Vollverpflegung in Deutschland – für die Schleusermafia ein ganz wesentliches Verkaufsargument ihrer Reisetickets. Wer der Mafia sein Ticket bezahlt, erhält dank EKD und „Diakonie“ garantiert auch Unterkunft, Verpflegung, rechtliche Beratung, beste ärztliche Versorgung sowie freundliche, deutschsprachige Unterstützung bei der Registrierung im deutschen Sozialsystem und so vor allem das ersehnte Geld – die Reisekosten haben sich im Nu ausgezahlt.

Ohne diese wichtige Garantie, dass der von ihrer Kundschaft für das Fährticket, aber auch den illegalen Antransport über Land oder per Flugzeug investierte Betrag in Form deutschen Steuergelds bald wieder auf das eigene Konto zurückfließt, wäre es für die Mafia deutlich schwieriger, von ihren Kunden beispielsweise den ziemlich hohen Preis von 5.000 Euro für die kurze Strecke von der libyschen Küste bis zum wartenden europäischen Schlepperschiff (sogenannte „Seenotrettung“) zu kassieren. Die Milliardenkonzerne der Menschenmafia brauchen deshalb diese garantierte organisatorische Unterstützung der EKD und ihrer zahllosen „ehrenamtlichen“, tatsächlich aber

gänzlich ehrlosen Helfershelfer in Deutschland als zentralen Bestandteil ihrer Werbestrategie.

Aber die EKD braucht auch die Mafia: Für jede illegale Nase Vollverpflegung in den Versorgungszentren der „Diakonie“ werden der EKD durch den Merkel-Staat zwischen 20 und 40 Euro Steuergeld auf ihr Konto überwiesen – pro Tag. Auch wenn sich die EKD das viele Geld mit der katholischen Kirche teilen muss, die über die „Caritas“ in ähnlichem Maße im Schleppergeschäft mitmischt, kommt da bei 200.000 illegalen Invasoren pro Jahr schnell eine richtig hohe Summe zusammen. Es ist entsprechend nicht erstaunlich, dass diese immensen Beträge, die seit 2014 auf den EKD-Konten eingingen, viele EKD-Verantwortliche zu einem regelrechten Goldrausch verleiteten und in der Hierarchie der EKD all jene uralten Instinkte wieder neu belebten, die die Kirche in Jahrhunderten, ganz gleich unter welcher Herrschaft, so reich und mächtig werden ließen: die Gier nach Geld.

EKD einer der Hauptprofiteure der Schlepperei

Es ist also ebenfalls nicht erstaunlich, dass die EKD seit 2014 zu den eifrigsten Fürsprechern der Massenansiedlung von Arabern und Afrikanern in Westeuropa zählt – die EKD ist in Sachen Umvolkung Europas ja nicht nur Trittbrettfahrer, sondern sie gehört zu den Haupttreibern, Haupttätern und finanziellen Hauptprofiteuren dieses Projekts. Denn wenn dieser gigantische Segen Geld, der dank der arabischen Massenansiedlung aus den Taschen der hart arbeitenden deutschen Steuerzahler auf die Konten der EKD fließt, ausbleiben würde – wer würde dann in Zeiten steigender Kirchenaustritte solchen Typen wie Heinrich Bedford-Strohm noch ihre horrenden Manager-Gehälter zahlen? Wenn dieser Geldstrom zum Versiegen käme, müssten sich die Pfarrerrinnen und Pfarrer der EKD eines Tages vielleicht sogar selbst in ihrem persönlichen Wohlstand einschränken, nachdem sie in ihren Gemeinden ständig vom Konsumverzicht predigen, aber

selber dank ihrer Traumgehälter und mietfreien Wohnungen in den Pfarrhäusern über dicke Bankkonten verfügen?

Nein, soweit würden EKD-Vorsitzende wie Heinrich Bedford-Strohm es nie kommen lassen. Dafür hat man ihn nicht gewählt. Gewählt hat man Heinrich Bedford-Strohm, damit er Geld ins Haus bringt. Und mit keinem anderen Geschäft ist im zunehmend gesetzlosen Europa dieser Tage mehr Geld zu verdienen als mit Drogen-, Waffen- oder Menschenhandel.

Heinrich Bedford-Strohms Entscheidung, künftig nicht nur indirekt, durch „Spenden“ an sogenannte „Seenotretter“, im Schleuserbusiness mitzumischen, sondern ganz direkt, durch Kauf und Betrieb eines eigenen Schleuserschiffes, ist daher nur konsequent. Strategisch gesehen schlägt er dadurch zwei Fliegen mit einer Klappe: Zum einen verschafft er sich und seiner EKD die operative Kontrolle über den Einschleusungsprozess bereits bei der Übergabe der Reisekunden ab dem libyschen Schlepperschiff. Die von den libyschen Schleppern direkt an die EKD übergebene Kundschaft ist der EKD somit gesichert, diese Leute werden alle in eigenen Versorgungszentren der „Diakonie“ landen, die EKD braucht das ihr hierfür zufließende Steuergeld mit niemandem zu teilen. Noch wichtiger aber ist das mit der direkten Einschleusung durch die EKD einhergehende politische Marketing: Da die Kirche alles und jedes, ganz nach Bedarf, mit Jesus Christus erklären kann und deshalb in der derzeit geltenden Bibelauslegung der EKD auch Jesus Christus höchstpersönlich Millionen von Muslimen nach Israel geschifft hätte, verkauft sie ihre Schlepperei als grundsätzlich „gute Tat“ und übt so politischen Druck auf die Politik aus. Zielsetzung der EKD ist es ja, nicht nur die Schleuserei über das Mittelmeer, sondern auch an allen anderen Außengrenzen der EU weiter voranzutreiben – denn nur so bleibt der Geldfluss in die eigenen Kassen gesichert.

Moralische Fragen? Die EKD wäscht ihre Hände in Unschuld

Auch im Blick auf die Zusammenarbeit mit der Mafia ist der Kauf eines eigenen Schleuserschiffes strategisch klug: Durch den Einstieg in das aktive Schleusergeschäft über das Mittelmeer, zugleich aber Verzicht auf den – für die Kirche organisatorisch durchaus machbaren – direkten Ticketverkauf an die Reisekunden noch auf libyschem Boden bietet Heinrich Bedford-Strohm der Mafia in Afrika die ihm größtmögliche Unterstützung, wahrt aber noch einen gewissen taktischen Mindestabstand zu den Drahtziehern des Geschäfts. Durch diesen freiwilligen Verzicht auf den direkten Wettbewerb mit der afrikanischen Mafia geht Heinrich Bedford-Strohm einer unmittelbaren Konkurrenz mit der Mafia geschickt aus dem Weg. Beide Seiten, EKD und Mafia, bleiben Partner und ziehen weiterhin an eine Strang.

Dass diese strategische und strukturelle Zusammenarbeit mit der Mafia moralische Fragen aufwirft, dürfte die EKD kaum stören. Es hat die Kirche noch nie gestört, sich in moralischen Morast zu begeben: Geld stinkt nicht, wie die Kirche in Jahrhunderten unter allen nur erdenklichen Herrschaftsformen immer wieder bewiesen hat. Dass die Schleuserei islamischer Afrikaner auch die Islamisierung in Westeuropa beschleunigt, ist Typen wie Heinrich Bedford-Strohm ohnehin gleichgültig – dieser Mann wurde nicht dafür gewählt, die Islamisierung zu unterbinden und das christliche Abendland zu bewahren, sondern für volle Kassen zu sorgen, damit die eigenen Gehälter weiter steigen. Auch dass die von der EKD eingeschleusten Afrikaner und Araber nicht nur den Islam mit sich schleppen, sondern in auffälligem Maße auch Gewalt und Kriminalität, Mord, Totschlag, Raub und Vergewaltigung, dass sie in ebenso auffälliger Häufigkeit daran beteiligt sind, minderjährige Kinder mit Rauschgift in Abhängigkeit zu bringen, kümmert die EKD nicht im geringsten. Irgendwo wird sich schon eine Bibelstelle finden, um das alles zu rechtfertigen. Wie sagte schon Pontius Pilatus, bevor er Christus ans Kreuz nageln ließ? „Ich wasche meine Hände in Unschuld.“

Keine andere nichtstaatliche Organisation hat sich in der vergangenen Jahren durch ihre aktive, tatkräftige Beihilfe zur Umvolkungs- und Islamisierungspolitik so sehr am Frieden, der Sicherheit, der Freiheit und der jahrtausendealten christlich-abendländischen Kulturtradition Deutschlands und Europas versündigt wie die EKD. Der direkte Einstieg dieser heuchlerischen, widerwärtigen Vereinigung in das Schleusergeschäft ist nichts als ein weiterer konsequenter Schritt dieser Truppe zu noch mehr struktureller Nähe zur Mafia und zu noch mehr Blut an den Händen ihrer Verantwortlichen.

Der Dhimmi des Jahres 2019 als Zeichen größtmöglicher Unehre und des größtmöglichen Verrats an den Christen in Europa geht daher zu Recht an Deutschlands Schleuserpaten Nr. 1: Heinrich Bedford-Strohm.



Augsburg: Sechs Totschlaghelfer aus U-Haft entlassen

Am 6. Dezember erschlug der „deutsch-libanesische Türke“ Halid S. im Kreise von sechs gleichgesinnten Freunden am Königsplatz in Augsburg den 49-jährigen Feuerwehrmann Roland S., der mit seiner Frau und Freunden von einem Weihnachtsmarktbesuch kam

([PI-NEWS berichtete mehrfach](#)). Die Täter konnten schnell dingfest gemacht werden.

Jetzt, nicht einmal drei Wochen nach der schrecklichen Tat, sind sechs der sieben „jungen Männer“ wieder auf freiem Fuß. Nur der 17-jährige Haupttatverdächtige ist noch inhaftiert, seinen Faustschlag überlebte Roland S. nicht. Die Staatsanwaltschaft beschuldigt die nun aus der Haft Entlassenen der Beihilfe zum Totschlag. Das Landgericht Augsburg hob die Haftbefehle dennoch auf. Es bestehe „keine Fluchtgefahr bei den Beschuldigten“, so das Gericht.

Aber auch der tödliche Fausthieb des noch inhaftierten Halid S. wird schon jetzt prophylaktisch seitens des Gerichts heruntergespielt. Demnach handle es sich bei dem todbringenden Schlag gegen den Kopf des Feuerwehrmanns um eine „spontane, sofort abgeschlossene Handlung“ des Haupttäters. Es scheint also jetzt offenbar schon klar zu sein, dass man einen Vorsatz auf jeden Fall ausschließt. Auch die von der Staatsanwaltschaft der Beihilfe Beschuldigten werden in den Ausführungen des Gerichts schon entlastet. Jenen, die sich „weiter entfernt“ vom Opfer aufgehalten hätten fehle es an „einer objektiven Beihilfehandlung“, [heißt es](#).

Die Anwälte sind voll der Freude. Strafverteidiger Klaus Rödl lobt das Gericht, das seiner Ansicht nach, „allein die Rechtslage beurteilt und sich nicht von dem Erwartungsdruck der Öffentlichkeit leiten“ habe lassen. Auch Marco Müller, der Anwalt von Halid S., wird nun Haftbeschwerde einlegen.

Die Hinterbliebenen und Freunde des getöteten Feuerwehrmanns können also damit rechnen, den Tätern schon bald wieder auf der Straße zu begegnen. Justitia scheint in Deutschland nicht blind, sondern eher blöd zu sein. (lsg)



Dreiklassensystem in der Beschäftigtenwelt der Öffentlich-Rechtlichen

Von DR. VIKTOR HEESE | Bei den öffentlich-rechtlichen Sendern ARD und ZDF arbeiten über 44.000 Festangestellte und „arbeitnehmerähnliche Freie“ (1. und 2. Klasse) sowie eine hohe Zahl von „freien Freien“ (3. Klasse) – [so gruppiert zumindest die Rosa-Luxemburg-Stiftung](#) der Linken dessen Beschäftigte ein. Das Personal übersteigt damit die Einwohnerzahl einer mittelgroßen Stadt wie Iserlohn. Privilegierte Talk-Millionäre wirken neben diskriminierten Drittklasslern.

Markt und Selbstbedienung – Gehälter in der Wirtschaft und im Parlament?

Die Öffentlich-Rechtlichen beschäftigen nicht nur eine Mittelstadt, sondern generieren Einnahmen von neun Milliarden Euro, die zum Beispiel über dem Umsatz des Kosmetikriesen Beiersdorf (7,5 Milliarden Euro) liegen. Der DAX-Titel arbeitet aber unter Konkurrenzbedingungen. Der Markt zwingt die Hamburger zur Leistung, das Aktienrecht zur Transparenz. Die Gehälter inklusive Vorstandsboni müssen erst verdient werden. Auch bei den Gagen unserer Parlamentarier herrscht weitgehend Transparenz. Über die Leistung wollen wir nicht reden.

Wer bestimmt aber die Gehälter bei ARD und ZDF?

Anders ist es bei den Öffentlich-Rechtlichen. Die kargen Gehaltsinfos (siehe Grafik unten) sind nur bedauernswert. Parlamentarische Kontrolle der GEZ-Gelder und Auskunftsrecht Fehlanzeige, angeblich wegen gebotener Staatsferne. Über die politisch korrekten Aufsichtsgremien kontrollieren die Systemeliten den Sender. Es gibt keinen Verantwortlichen, wenn die Dinge schief laufen, wie eben bei der Gehaltsperversion.

De facto kreierten die Bosse von ARD und ZDF sich ihre Gehaltswelt selbst. Geling es ihnen doch ihren „Bedarf“ bei der *Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs* (KEF) bis dato durchzuwinken. Solange Geld da war und „Lückenmedien“ unbekannt, kümmerte das den Gutbürger nicht. Die Konzerntrüme stiegen durch GEZ-Zwangsgebühren lange Zeit munter um fünf Prozent jährlich. Über solche Zuwächse hätte sich der Malocher und Kleinangestellte gefreut.

Die Konzern-Millionäre

Die echten Millionäre in der ARD sind nicht die Intendanten, sondern die Moderatoren der Polit-Talks und die Showmaster, was sie ihren Produktionsfirmen verdanken. Das Prinzip der „Produktion“ ist einfach wie heuchlerisch: der Moderator liefert alles aus einer Hand (Inhalte, Moderation, Gäste, Studioaufnahmen) und präsentiert der ARD die Endrechnung. Angeblich macht er es „billiger“. Einen Kostenvoranschlag, wie im realen Leben, gibt es nicht. Nur ein nachträgliches Wehklagen, dass es doch zu teuer war – 4.600 Euro pro Minute in der Spitze.

Ob Anne Will in diesem Kontext als ARD-Festangestellte, Scheinselbständige oder als Geschäftsführerin ihrer „Will Media GmbH“ auftritt, ist irrelevant. Relevant ist, dass sie exklusiv für die ARD Sendungen herstellt und ihre GmbH fast ohne Risiko über 1,6 Millionen Euro jährlich Bilanzgewinn „erwirtschaftet“. Zahlen ihre Mitarbeiter denn Sozialabgaben

und bekommen eine Altersversorgung? Darüber erfährt der Leser auf der Webseite der Firma nichts.

Wer bei ARD und ZDF das Privileg hat, für sein Wirken Rechnungen präsentieren zu dürfen, ist nicht bekannt. Markus Lanz wird das wohl erlaubt sein, Tagesschau-Sprecherin Judith Rakers wohl (noch?) nicht. Ein normaler Arbeitnehmer und Steuerzahler kann im Alltag davon nur träumen. Auch kein Wirtschaftsvorstand wird sich heimlich an der Consulting-Firma, die seinen Arbeitgeber berät, beteiligen. Wenn das herauskommt, fliegt er.

Exkurs: Günther Jauch – Robin Hood oder Heuschrecke?

Als Krösus unter den „ARD-Produzenten“ gilt [zweifelsohne Günther Jauch](#), der wahrscheinlich 50 Millionen Euro Vermögen sein eigenes nennen darf. Über die Mammutgagen des Superstars vor seiner RTL-Zeit gab es lange Diskussionen. Passiert war nichts, weil es angeblich keinen „besseren“ gab und sein „Marktwert“ so hoch war. Bei fehlender Konkurrenz ließ sich das schlecht überprüfen. Ungeachtet dessen ist es dennoch eine dreiste Nummer, wenn Samariter Jauch (soll 72 Millionen Euro für gute Zwecke gespendet haben) seine – nicht zuletzt mit GEZ-Zwangsgebühren aufgebaute – Produktionsfirma *i&u TV* [an eine US-Heuschrecke KKR verkauft](#). Wird diese die alten Arbeitsbedingungen seiner 153 Angestellten übernehmen?

Die oberen zehn Tausend (die Außertariflichen) und das Fußvolk (die Tariflichen)

Landesrundfunkanstalt	BR	HR	MDR	NDR	RBB	RB	SR	SWR	WDR
Jahresgehälter 2018 der Intendantinnen und Intendanten der Landesrundfunkanstalten der ARD (Grundvergütung)									
Intendant/in p.a.	384 T€	279 T€	275 T€	355 T€	263 T€	273 T€	245 T€	356 T€	391 T€
Durchschnittliche Monatsgehälter 2018 der Direktorinnen und Direktoren der Landesrundfunkanstalten der ARD (Grundvergütung)									
Direktor/Innen	18.887 €	16.200 €	16.200 €	19.200 €	16.200 €	16.200 €	16.200 €	18.027 €	19.207 €
Durchschnittliche Monatsgehälter 2018 der außertariflichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesrundfunkanstalten der ARD (Grundvergütung)									
Außertarifliche Gehälter (z.B. Programmleiter/Innen, Hauptabteilungsleiter/Innen)	13.248 €	11.400 €	11.400 €	13.400 €	11.400 €	11.400 €	11.400 €	13.471 €	13.019 €
Monatsgehälter 2018 ausgewählter Berufsgruppen in den Landesrundfunkanstalten der ARD (niedrigste Gruppe und Stufe bis höchste Gruppe und Stufe, Grundvergütung)									
Redakteur/in									3.681 bis 10.405 €
Kameramann/Kamerafrau *									2.744 bis 8.432 €
Grafiker/in bzw. Grafik-Designer/in *									2.744 bis 7.832 €
Produktionsingenieur/in bzw. Ingenieur/in *									3.507 bis 8.005 €
Cutter/in *									2.744 bis 7.140 €
Sekretär/in bzw. Sachbearbeiter/in									2.645 bis 5.789 €
Auszubildende/r 1. bis 3. Jahr									764 bis 1.153 €
Programmwart/in **									1.569 bis 2.238 €
* inkl. Betriebsmittelproduktion GmbH (RBB)									
** ohne RBB									

Außertarifliche

Tarifangstelle

Quelle: http://www.ard.de/home/de-act/aktuelles/Scheiter_und_Verguetungen_in_der_ARD/3127124/index.html / überarbeitet

Stand: 05.08.2019

Wieviele außertarifliche und tarifliche der ARD-Konzern zählt, ist nicht zu ermitteln. Übrigens ist der Terminus „Grundvergütung“ in der Graphik eine billige Irreführung, wie das Beispiel Bettina Schausten, der Leiterin des ARD-Hauptstadtbüros, zeigt. Die Dame darf zum Festgehalt von 156.120 Euro/Jahr zusätzlich auf Beihilfen, Altersversorgung, Familienzuschlag, Sterbegeld, Reisekosten, Übernachtungsgelder, Jubiläumsgelder, Trennungsentschädigung, Umzugskostenerstattung und noch sonstige „übliche“ ARD-Leistungen hoffen. Werden daraus nicht schnell 200.000 Euro ein zu versteuerndes Einkommen? Es ginge einfacher, wenn die Grundvergütung auf 3000 Euro reduziert wäre, dann wären nach außen alle unterbezahlt und die Neiddebatte gegenstandslos!

Was ist mit dem Prekariat – den „freien Freien“

Wie die obige Studie der LINKEN belegt, wird diese „Freien“ nicht nur diskriminiert, sondern haben zudem auch wirtschaftlich wenig zu lachen. Fehlende Altersabsicherung und Lohnfortzahlung bei Krankheit, schwankende Unterbezahlung und Benachteiligung gegenüber Festangestellten, auch Sexualbelästigungen und vieles mehr sind die relevanten Stichworte. Nach welchen Kriterien werden Aufträge an

Fremdfirmen verteilt? [In ihren Produktionsbericht gibt die ARD](#) zwar die „Zulieferer“ bekannt, sagt aber nicht, ob diese Aufträge für 1000 Euro oder eine Million erhielten.

Wann kommt der deutsche Robin Hood alias Boris Johnson und zerschlägt das GEZ-System?

Boris Johnson will die BBC-Zwangsgebühren abschaffen und die Nicht-Zahler entkriminalisieren ([PI-NEWS berichtete](#)). Die AfD möchte mit dem GEZ-System genauso verfahren. Nach einer politischen Wende stünden ARD und ZDF zur Disposition. Die Betroffenen erkennen die schlechten Zeichen der Zeit. Neue Gesetze würden Inhalte, Vergütungen und Kontrolle regeln. Mit der Selbstherrlichkeit im „Dienste der Demokratie“ wäre es dann vorbei.



Dr. Viktor Heese.

*Dr
.
Vi
kt
or
He
ese
ist
Do
zent
und
Fa
ch
buch
au*

to
r.
Sp
ez
ia
li
si
er
t
ha
t
er
si
ch
au
f
de
m
Ge
bi
et
de
r
Bö
rs
en
un
d
Ba
nk
en
. Für
Bö
rs
en

an
fä
ng
er
ha
t
er
da
s
Bu
ch
„F
un
da
me
nt
al
-
ve
rs
us
Ch
ar
tt
he
or
ie
.
Me
th
od
en
de
r
Ak
ti
en

be
we
rt
un
g
im
Ve
rg
le
ic
h“
(S
pr
in
ge
r
20
15
)
ve
rf
as
st
.
Er
be
tr
ei
bt
di
e
Bl
og
s
[pr](#)
[aw](#)
[da](#)

24

.c

om

un

d

fi

na

nz

er

.e

u

un

d

gi

bt

de

n

Bö

rs

en

br

ie

f

„D

er

Zi

ns

de

te

kt

iv

“

he

ra

us

.

He

es
e
ko
mm
t
au
s
Ma
su
re
n
un
d
le
bt
se
it
üb
er
40
Ja
hr
en
in
Kö
ln
. Ko
nt
ak
t:
hesel@t-online.de



Norbert Bolz: Warum Journalisten als Erzieher auftreten

Von MARKUS GÄRTNER | Der Medienwissenschaftler Norbert Bolz bevorzugt politisch unkorrekten Klartext. Und den gibt er vor allem auf Twitter zum Besten. „Die Wahrheit in einem Satz“, ist das Motto seines Accounts. Kostprobe gefällig? Zum Beispiel diese: „Entweder fassen die christlichen Kirchen den Mut zum Widerspruch gegen den Zeitgeist, oder sie gehen unter“. Oder diese: „Es geht heute um die Verteidigung der Neuzeit gegen den ökologischen Absolutismus“. Das sind Sätze, die im linken Mainstream Schnappatmung auslösen. So wie dieser hier: „Der Hass, der heute alles vergiftet, kommt von den Großinquisitoren der Politischen Korrektheit“.

Zu diesen Großinquisitoren zählt Bolz vor allem viele Journalisten, wie er kürzlich in der hier wiedergegebenen Rede vor Gästen von Prof. Max Otte in Köln ausführte (siehe das [PI-NEWS-Interview mit Bolz](#) vor seinem Vortrag). Bolz, für

tiefsinnige Sätze mit Aha-Effekt bekannt – und deshalb auch von seinen Gegnern im Mainstream leidenschaftlich gehasst – sprach über drei – wie er es nannte – „spektakuläre Sachverhalte“: Gesinnungs-Journalismus, politische Korrektheit und linke Intoleranz.

Besonders kritisch setzte Bolz sich mit dem Journalismus auseinander. Er beklagt, dass es keinen Unterschied mehr zwischen Information und Meinung gibt, dass ein gezieltes Agenda Setting beides miteinander verschmelzt. Das Ziel: das Publikum soll nur eine Meinung haben. Die Trennwand zwischen beiden – zwischen Meinung und Information – hat laut Bolz erst die Aufklärung ermöglicht. Und diese Trennwand, sagt er, ist nun eingestürzt.

Es werde immer schwieriger, noch zwischen Information und Meinung zu unterscheiden. Der Grund: die Journalisten verstehen sich als Oberlehrer, als aufklärende Instanzen, weil sie ihr Publikum nicht für mündig halten. Was sich da abspielt, sei eine Umerziehung höherer Ordnung nach dem Motto: „Dieses Volk hat es nötig, dass man es erzieht, die sind noch auf dem falschen Dampfer“.

Lehnen Sie sich zurück und genießen Sie eine volle Stunde Klartext aus dem Mund eines Medienprofis, der sich seit Jahren ausführlich mit diesem Phänomen beschäftigt und der eines ganz und gar nicht ist: auf den Mund gefallen.

(Der Volkswirt Markus Gärtner, Autor von [„Das Ende der Herrlichkeit“](#) und [„Lügenpresse“](#), war 27 Jahre Wirtschaftsjournalist für die ARD und veröffentlicht jetzt regelmäßig Videokommentare für das Magazin [„Privatinvestor Politik Spezial“](#))



Demografie-Katastrophe: Hohe Geburtenraten bei Armutsmigranten

Von TORSTEN GROß | Vor einigen Tagen hat das Statistische Bundesamt eine neue Studie mit dem Titel »Kinderlosigkeit, Geburten und Familien« vorgestellt. Aus der Untersuchung, die auf den Daten des Mikrozensus 2018 basiert, geht unter anderem hervor, dass in Deutschland lebende Zuwanderinnen sehr viel mehr Kinder zur Welt bringen als autochthone Frauen. Bezogen auf die Altersgruppe der 45 bis 54-Jährigen liegt die durchschnittliche Kinderzahl von Müttern, die hierzulande geboren wurden, bei 1,5.

Dagegen bringen es Frauen, die aus dem Ausland zugezogen sind, auf 2 Kinder. Die Diskrepanz ist umso ausgeprägter, je geringer der Bildungsgrad der Mütter ist: Während in Deutschland geborene Frauen mit niedrigem Bildungsstand im Mittel 1,7 Kinder gebären, ist diese sogenannte Fertilitätsrate bei Zuwanderinnen mit 2,4 Nachkommen deutlich höher.

Nach den Berechnungen der Statistiker ist es dieser Babyboom der bildungsfernen Migrantinnen, der maßgeblich dafür verantwortlich ist, dass die Kinderzahl von Ausländerinnen in Deutschland relativ betrachtet deutlich über dem Niveau

deutscher Frauen liegt.

In einer weiteren Untersuchung, die bereits im Sommer dieses Jahres veröffentlicht wurde, kam das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) zu dem Ergebnis, dass nicht der Migrationshintergrund als solcher, sondern die Herkunft ausschlaggebend für den Kinderreichtum ist. Während nur 14 Prozent der in Deutschland lebenden Frauen ohne Migrationshintergrund mindestens drei Sprösslinge haben und damit als kinderreich gelten, beträgt der Anteil bei Frauen mit Migrationshintergrund 28 Prozent, ist also doppelt so hoch.

Noch sehr viel größer ist die Geburtenhäufigkeit bei Zuwanderinnen aus muslimischen Ländern. In der ersten Generation haben 46 Prozent dieser Frauen drei oder mehr Kinder. In der Generation ihrer in Deutschland geborenen Töchter beträgt die Quote immerhin noch 32 Prozent und liegt damit deutlich über dem Durchschnitt sowohl der Frauen mit als auch ohne Migrationshintergrund.

Ein noch differenzierteres Bild ergibt sich, wenn man zusätzlich den Faktor Bildung in die Betrachtung einbezieht.

Laut Studie des BiB sind 21 Prozent der herkunftsdeutschen Frauen, aber knapp 53 Prozent der muslimischen Zuwanderinnen mit niedrigem Bildungsgrad (kein Schulabschluss oder Hauptschulbesuch) kinderreich.

Fazit: Dass ausländische Frauen hierzulande so viel mehr Kinder pro Kopf haben als autochthone, ist also vor allem auf Mütter mit geringer Bildung zurückzuführen, die wiederum vorrangig dem islamischen Kulturkreis angehören. Dieser Befund ist besorgniserregend.



Denn gerade Migrantenkinder aus orientalischen, islamisch geprägten Ländern – gemeint sind Türken und Araber –, die noch dazu bildungsfernen Elternhäusern entstammen, schneiden an unseren Schulen deutlich schlechter ab als ihre Altersgenossen deutscher oder anderer ausländischer Herkunft. Entsprechend schlecht stehen ihre Chancen, später eine gut bezahlte Arbeit zu finden und den sozialen Aufstieg zu schaffen.

Eine Sonderauswertung der OECD auf Basis der Pisa-Daten 2015 hat ergeben, dass 54 Prozent der im Ausland geborenen 15-Jährigen nur Leistungen auf Grundschulniveau im Lesen, Rechnen und in den Naturwissenschaften erbringen.

Bei gleichaltrigen deutschen Kindern ist der Anteil mit 17 Prozent deutlich geringer. Aus anderen Untersuchungen ist bekannt, dass Schüler mit türkischem Hintergrund am Ende der neunten Klasse substantielle Defizite in Kernfächern wie Deutsch, Englisch und Mathematik aufweisen. Dafür ursächlich sind vor allem mangelhafte Sprachkenntnisse. Hier offenbaren sich die spezifischen Integrationsdefizite, die Zuwanderer aus islamischen Staaten auch in der zweiten und dritten Generation vorweisen – und das nicht nur in Deutschland.

Diese Defizite spiegeln sich nicht nur in der Bildungs-, sondern auch in der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Kriminalitätsstatistik wider.



Das Problem wird sich in Zukunft verschärfen, was zum einen an der starken Immigration von »Flüchtlingen« aus dem Nahen Osten und Vorderasien liegt, zum anderen aber auch auf die demographische Dynamik in Deutschland selbst zurückzuführen ist.

Menschen mit geringer Bildung gründen nämlich sehr viel früher eine Familie als solche mit höheren Schulabschlüssen, was besonders für Migranten gilt. Gering gebildete Frauen haben schon im Alter zwischen 25 bis 34 Jahren durchschnittlich 1,4 Kinder zur Welt gebracht. Und die Wahrscheinlichkeit, dass weitere folgen werden, ist hoch.

Zum Vergleich: Das mittlere Alter bei der Erstgeburt über alle Mütter beträgt hierzulande 30 Jahre. Vor allem Akademikerinnen verzichten besonders häufig auf Nachwuchs. Mehr als ein Viertel dieser hochgebildeten Frauen bleibt lebenslang kinderlos.

Die durchschnittliche Kinderzahl von weiblichen Hochschulabsolventen liegt bei gerade einmal 0,3. Die Abitur-Inflation und der Drang an die Universitäten werden dazu führen, dass immer mehr Frauen ihre Familiengründung nach hinten verschieben, was deren Chance verringert, überhaupt einmal Nachwuchs zu bekommen. Bereits aus diesem Grund dürfte die Geburtenhäufigkeit in Deutschland zurückgehen. Ganz anders die Bildungsfernen, die schon in jungen Jahren gebären und so

auch früher Großmutter werden, wodurch diese Gruppe schneller wächst als die mit höheren Schulabschlüssen. Das Missverhältnis zwischen Geringverdienern und Transferempfängern einerseits und Leistungsträgern andererseits dürfte sich also in den kommenden Jahrzehnten noch vergrößern, zumal der Sozialstaat einen starken Anreiz für unterprivilegierte Familien schafft, ihre Alimentierung durch mehr Kinder zu erhöhen. Auf dieses Problem hat Thilo Sarrazin in seinem Bestseller [Deutschland schafft sich ab](#) bereits 2010 hingewiesen – lange vor der »Flüchtlingskrise«, die das Heer der sozial Anspruchsberechtigten weiter erhöht hat.



Die Prekarisierung Deutschlands wird also weitergehen, nicht nur wegen der anhaltend hohen Zuwanderung von geringqualifizierten Wirtschafts- und Armutsmigranten aus der Dritten Welt und einigen EU-Staaten Osteuropas, sondern auch als Folge der ungünstigen Geburtenverteilung im Inland. Bereits 2014 kam der Volkswirtschaftler Holger Bonin in einer Studie im Auftrag der *Bertelsmann Stiftung* zu dem Schluss, dass die ausländische Bevölkerung »im Vergleich zur deutschen Bevölkerung deutlich niedrigere Beschäftigungsraten und Einkommen hat und häufiger Transferleistungen in Anspruch« nimmt. Daran wird sich angesichts der völlig verfehlten Ausländerpolitik der Altparteien und den linken Bildungsexperimenten an unseren Schulen absehbar auch nichts ändern.

Das ist eine weitere schlechte Nachricht für die steuerzahlende Mittelschicht in Deutschland, die den Karren zieht!

Bestellinformationen:

Thorsten Schleif: [Urteil: Ungerecht](#), 208 Seiten, 19,99 Euro – [hier](#) bestellen!

KOPP Media: [NGOs – Das größte Geheimdienstprojekt aller Zeiten!](#), 2 DVDs, ca. 216 Min., 19,99 Euro – [hier](#) bestellen!

Steffen Meltzer: [Ratgeber Gefahrenabwehr](#), 227 Seiten, 19,90 Euro – [hier](#) bestellen!

(Dieser Beitrag ist zuerst bei [KOPP Report](#) erschienen)



Breitscheidplatz geräumt: Weniger harmlos als gedacht

Von MANFRED ROUHS | Terroralarm, die Nerven liegen blank: Am Abend des 21. Dezember [räumte die Polizei den Berliner Breitscheidplatz](#). Erinnerungen an den Anschlag im Jahr 2016 wurden wach. Am 22. Dezember geben die Medien Entwarnung: Das Ganze sei ein blinder Alarm gewesen, heißt es. An dieser Darstellung aber kommen mittlerweile Zweifel auf. Tatsache ist: Auf dem Breitscheidplatz wurde keine Bombe oder etwas Ähnliches gefunden. Und zwei junge Männer aus Syrien, die von der Polizei vorübergehend festgenommen wurden, werden auch nicht – anders als zunächst vermutet – als Terroristen gesucht. Harmlos sind sie deshalb aber nicht.

Die beiden Asylbewerber aus Syrien, 21 und 24 Jahre alt, sind Brüder. Sie werden der salafistischen Szene zugerechnet. Mit

rauschendem Bart und wehenden Gewändern bewegten sie sich schnell vom Breitscheidplatz weg, als die Polizei auf sie aufmerksam wurde. Nach Zeugenaussagen hätten sie dabei Besucher des Marktes angerempelt oder beiseite gedrängt. Bei der Überprüfung ihrer Personalien wurde einer von ihnen mit einem gesuchten Terroristen verwechselt, dessen Name ähnlich klingt. Unstimmigkeiten in den Papieren eines der Brüder haben den Verdacht aufkommen lassen, er halte sich möglicherweise illegal in Deutschland auf: Der Name in seinem Pass weicht vom Namen in seinem Aufenthaltstitel ab. Dies aber sei auf einen Übersetzungsfehler der deutschen Behörden zurückzuführen und offenbar nicht kriminell motiviert gewesen, teilt die Polizei jetzt mit.

Bleibt die Frage: Was haben die beiden auf dem Breitscheidplatz gesucht?

Ein Weihnachtsgeschenk kann es nicht gewesen sein. Damit haben Salafisten nichts am Hut. Vielleicht haben sie sich nur mal umgeschaut, ob irgendwo ein LKW parkt, in dessen Führerhaus der Schlüssel steckt? Wie wäre es dann weitergegangen, wenn sie fündig geworden wären?

Warum erhalten erkannte Salafisten, also erfolgreich identifizierte Risikoquellen für Leib und Leben von Menschen, überhaupt einen Aufenthaltstitel in Deutschland? Vielleicht, damit der Polizei nicht langweilig wird?

Wer solche Entscheidungen trifft, riskiert Menschenleben

Die Polizei teilte mit, dass die beiden observiert wurden. Darauf sei die schnelle Reaktion der Beamten zurückzuführen gewesen. Das kostet rund 100.000 Euro pro Person und Monat. Macht bei zwei Personen jährlich knapp 2,5 Millionen Euro. Käme da ein Rückflugticket nach Syrien nicht günstiger?

Möglicherweise wollten ja die beiden ihre staatlichen Beobachter einem Stresstest unterziehen und einfach mal ausprobieren, was passiert, wenn sie über den Breitscheidplatz

bummeln? Falls die Aktion also der wirtschaftlichen Schädigung des Fiskus gedient haben sollte, wäre sie ein Bombenerfolg gewesen ...

Wie dem auch sei: Für den deutschen Steuerzahler ist die Anwesenheit von Personen auf deutschem Boden auf dem Asylticket, die der Observation durch die Polizei bedürfen, eine nicht hinnehmbare Zumutung. Wie lange noch soll dieser Irrsinn andauern?